

Neokonservative Dilemmata

Prof. Dr. Elmar Altvater, geb. 1938 in Kamen (Westfalen), Studium der Volkswirtschaftslehre und Soziologie in München, seit 1970 Professor für Politische Ökonomie am Fachbereich Politische Wissenschaft der FU Berlin.

Kurt Hübner, geboren 1953 in Neuenstadt, Studium der Volkswirtschaftslehre in Mannheim, arbeitet als wiss. Mitarbeiter am Fachbereich Politische Wissenschaft der FU Berlin.

Vom Keynesianismus zur neokonservativen „Konterrevolution“

Selbstbewußt hat Milton Friedman schon 1962 gegen die „keynesianische Revolution“ in Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik die „Konterrevolution“ ausgerufen. Er hat allerdings noch bis in die Mitte der siebziger Jahre warten müssen, bis ihm dafür der Nobelpreis verliehen wurde und schließlich die Wirtschaftspolitiker üppige keynesianische Rezepte gegen monetaristische Sparkost austauschten. Dieser so bezeichnete „Paradigmenwechsel“ im Verlauf der siebziger Jahre ist freilich bei erster Betrachtung paradox: Denn wenn man die traditionellen wirtschaftspolitischen Erfolgskriterien anlegt, kommt die neokonservative Wirtschaftspolitik (die Bezeichnungen: neoliberal, neokonservativ, monetaristisch, neoklassisch beschreiben jeweils unterschiedliche Aspekte des neuen „Paradigmas“; sie werden daher auf begrenztem Raum synonym benutzt) mit Sicherheit schlechter weg als die keynesianische Politik in den Jahrzehnten zuvor. Die Arbeitslosigkeit ist, anstatt reduziert zu werden, auf einem Niveau von mehr als 30 Millionen in den OECD-Ländern strukturell verfestigt worden; die Leistungsbilanzen aller Länder sind permanent unausgeglichen, und die Inflation ist nur bei oberflächlicher Betrachtung in den hochentwickelten Ländern wirklich reduziert, bei genauerem Hinsehen aber wird man feststellen, daß sie nur mit extrem hohen Zinsen und hunderten Milliarden Dollar dubioser Kredite in die dritte Welt transportiert worden ist, um den betroffenen Ländern Inflationsraten von mehreren hundert Prozent zu bescheren. Auch mit den anderen Zielen des „magischen Polygons“ ist es nicht besser bestellt. Die Wachstumsraten des Sozialprodukts fallen in allen Ländern bescheiden aus und „Verteilungsgerechtigkeit“ wird als Begriff aus dem monetaristischen Wortschatz gestrichen.

Doch scheint diese ernüchternde Bilanz weder die konservativen Politiker noch ihren monetaristischen Sachverstand sonderlich zu berühren oder gar zu verunsichern. Dafür sind zwei Gründe maßgeblich. Der erste hat mit der Welt-sicht der Neokonservativen zu tun. In ihrem Bild von der Welt bestimmen strikte Regeln der marktwirtschaftlichen Konkurrenz und die harten Sach-

zwänge der Profiterzielung die Entwicklung, denen die staatliche Wirtschaftspolitik allenfalls einen günstigen Rahmen modellieren, nicht aber interventionistisch, zum Beispiel mit antizyklischer Fiskalpolitik, entgegenwirken kann. Darüber hinaus kann sich der Staat den Legitimationsanforderungen dadurch „entwinden“ (Habermas), daß der Marktrationalität eindeutig der Primat gegeben wird und mithin die Verantwortlichkeit für die wirtschaftspolitische Lage nicht mehr beim Staat, sondern bei den Privaten festgemacht wird.

Der zweite Grund ist in der radikal veränderten historischen Lage zu erblicken, die sich Mitte der siebziger Jahre gleich in mehreren Krisen zuspitzt zeigt. Wichtiger als der „Ölpreisschock“, der eher aufgebauscht wurde, um einen Schurken im Spiel - die „Ölscheichs“ - zu haben, ist schon zu Beginn der siebziger Jahre der Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems, zu dessen Nachbeben freilich auch der Ölschock gehörte. Als die Nixon-Regierung jedenfalls die Konvertibilität des Dollar in Gold im August 1971 aufhob, wurde, auch wenn es die Zeitgenossen nicht so verstanden, das einigermäßen erfolgreiche System des keynesianischen Staatsinterventionismus zu Grabe getragen: Mit der Entpflichtung der kapitalistischen Hegemonialmacht, das System der fixierten Wechselkurse zu garantieren, ist zunächst außenwirtschaftlich anerkannt worden, daß sich die ökonomischen Prozesse nicht nach politischen Zielvorstellungen (zum Beispiel Herstellung von Vollbeschäftigung) richten, sondern nach den Prinzipien der Kapitalverwertung. Der Schlüssel zum Verständnis des Scheiterns keynesianischer Wirtschaftspolitik ist in der Analyse der strukturellen Verschiebungen in der US-amerikanischen Vorherrschaft zu finden. Im Gegensatz zu der weit verbreiteten Auffassung, die sich in erleichternden Stoßseufzern (beispielsweise von Herbert Ehrenberg) Anfang der siebziger Jahre Luft macht, daß mit der „Deregulierung“ der Wechselkurse die außenwirtschaftliche Flanke besser abzusichern sei, kann heute festgehalten werden, daß genau das Gegenteil eingetreten ist (dies macht heute Wilhelm Hankel zum Ausgangspunkt seiner Vorschläge zu einer zeitgemäßen Rückkehr nach Bretton Woods). Die Freigabe der Wechselkurse war ja nur Folge der Niederlage des Prinzips der maximalen Kapitalverwertung im internationalen Rahmen. Diese Niederlage freilich war zwingend. Denn der Erfolg der keynesianischen Politik hatte gerade die Erstarkung des privaten Kapitals gebracht und nicht nur, wie heute häufig von Konservativen kritisiert wird, die Macht der Organisationen der Arbeit gestützt. Forderungen des Wirtschaftswachstums (eine neutrale Formel) ist gleichbedeutend mit der Stärkung des privaten Kapitals, also der Verwertungslogik des privaten Kapitals.

Bei hochintegriertem Weltmarkt bedeutet nun das Scheitern der politischen Regulierungsversuche im Zentrum der kapitalistischen Weltwirtschaft zu Beginn der siebziger Jahre, daß auch in den anderen Regionen die Festschrauben keynesianischer Vollbeschäftigungspolitik nicht mehr gehalten werden können. Paradoxe Weise war keynesianische Wirtschaftspolitik in dem historischen Augenblick am wenigsten machbar, als sie am nötigsten hätte mobili-

siert werden müssen: zur Wiederherstellung der Vollbeschäftigung, als Mitte der siebziger Jahre in fast allen Ländern die Arbeitslosigkeit sprunghaft anstieg. Bezeichnenderweise können selbst sozialdemokratische Regierungen dem Sog des Prinzips der Kapitalverwertung nicht gegensteuern; sie gehen, wie es der „wissenschaftliche Sachverstand“ rät, zu restriktiven Politiken über, die anderen Zielen folgen als dem der Sicherung oder Wiederherstellung der Vollbeschäftigung: Haushaltssanierung, Sicherung der Preisstabilität erhalten nun generell Vorrang.

Exemplarisch läßt sich dieser Schwenk in der nationalstaatlichen Wirtschaftspolitik bei der sozialliberalen Koalition in Bonn nachzeichnen: Als Ende 1974 offensichtlich wurde, daß die Krise nicht nur ein Ölschock war, sondern die Inlands- und Auslandsnachfrage auf breiter Front zurückging, verabschiedete die neu eingesetzte Regierung Schmidt 1974 das „Programm zur Förderung von Investitionen und Beschäftigung“, dessen Kern eine 7,5prozentige Investitionszulage, vermehrte staatliche Investitionen und eine Mobilitätszulage für Arbeitnehmer war, um deren Jobsuche zu erleichtern. Die Investitionszulage war auf ein halbes Jahr befristet; in der damaligen Regierungserklärung ging man ganz optimistisch davon aus, daß durch den zu erwartenden Investitionsschub das Programm sich selbst finanzieren würde. Doch die Erwartungen wurden bitter enttäuscht. Denn die Unternehmen ließen sich allenfalls Rationalisierungsinvestitionen subventionieren, die eher Arbeitsplätze abschaffen als neue bereitstellen. Überdies nahmen die Unternehmen die Subventionen einfach dadurch mit, daß sie Investitionen zeitlich vorzogen, um danach weniger zu investieren. Als Mitte 1975 klar wurde, daß das Programm nicht wirkt, und als sich dessen Scheitern in wachsenden Haushaltslöchern manifestierte, warf die sozialliberale Regierung das Steuer herum und erklärte den Abbau des Staatsdefizits und die Reduzierung der Staatsverschuldung zum vorrangigen Ziel der Wirtschaftspolitik. Die Politik der Haushaltskonsolidierung war im Kern ein Bündel von Maßnahmen zum Abbau von Sozialleistungen, ohne daß dies beschäftigungspolitisch einen „trade off“ bewirkt hätte. Die Abkehr vom Keynesianismus war abrupt und total, ohne daß ein neues Konzept der Schlammlawine des Neokonservatismus und Monetarismus hätte Einhalt gebieten können. Daher kann tatsächlich gesagt werden, daß der ursprüngliche Erfolg monetaristisch-neokonservativer Politikkonzepte auch mit dem nicht gerade eleganten Abgang des Keynesianismus und mit der Erfolgslosigkeit der Entwicklung einer glaubwürdigen wirtschaftspolitischen Alternative zu tun hat.

So kommt es, daß im Verlauf der siebziger Jahre der „Paradigmenwechsel“ in der Wirtschaftspolitik den Regierungswechsel in vielen Ländern nach sich zieht, zunächst, wenn auch vorübergehend, in Schweden 1976, dann in Großbritannien 1979, schließlich 1981 in den USA und 1982 in der Bundesrepublik Deutschland.

Grundannahme der neokonservativen Wirtschaftspolitik

So wie der Siegeszug des Monetarismus bereits zu Amtszeiten vieler sozialdemokratischer oder arbeitnehmerorientierter Regierungen einsetzte, erlebte der innerwissenschaftliche Paradigmenstreit seinen Höhepunkt bereits zu Beginn der siebziger Jahre. In Absetzung von der Instabilitätsthese der keynesschen Theorie (die damit gerade die Notwendigkeit staatlicher, antizyklischer Interventionen belegte), versuchten die Monetaristen die These von der grundsätzlichen Stabilität des privaten Sektors zu begründen. Krisen, Arbeitslosigkeit, Inflation waren in ihren Augen nichts anderes als Folgeerscheinungen rationaler Anpassungen der Privaten an falsche Politikvorgaben oder Rigiditäten des Marktes, verursacht durch Blockaden des Preis-Mengen-Anpassungsmechanismus infolge Vermachtungstendenzen bei den Anbietern und Nachfragern (administrierte Preissetzung; Nominallohnsicherung und Beeinträchtigung des Phillips-Kurven-trade-off durch die Gewerkschaften). Zentrale Bedeutung und Verantwortlichkeit wird von den Monetaristen der noten-emittierenden Zentralbank zugewiesen, die eine stetige Geldversorgung gewährleisten sollte, um den Privaten keine falschen Signale bei ihren Entscheidungen über die Optimierung ihres Vermögens-Portefeuilles zu geben. Insbesondere die „Chicago-Schule“ um Milton Friedman versuchte, auch mit empirischen Untersuchungen, zu belegen, daß Schwankungen der Geldmenge - verursacht durch falsche Politik der Zentralbank - die konjunkturellen Zyklen und damit auch die Arbeitslosigkeit verursacht hätten. Eine Geldpolitik, die das Geldangebot verstetigt, würde auch das wirtschaftliche Wachstum verstetigen und somit fiskalpolitische Interventionen des Staates ebenso überflüssig machen wie den Rahmen bieten, in dem sich die gewerkschaftlichen Forderungen inflations- und arbeitsmarktneutral bewegen könnten. Die Ablösung diskretionärer durch ordnungspolitische und regelgebundene Maßnahmen in der Geldpolitik würde die Inflationsrate senken und damit dem Preissystem seine Signalfunktion zurückgeben, die es - so Anfang der siebziger Jahre die Behauptung - infolge der ansteigenden Inflationsrate verloren habe. Die mikrorationalen Investitionsentscheidungen der Unternehmer würden, sofern die Signale stimmen, auch wieder makrorational wettbewerbsfähige Produktionsstrukturen und mit ihnen sichere Arbeitsplätze erzeugen.

Der Markt, darin gipfelt die monetaristische Lehre, soll also wieder in sein ihm angestammtes Recht gesetzt werden. Dies schließt aber bei der politischen Umsetzung des Programms die Stärkung der privaten Initiative und die Reduktion des staatlichen Einflusses in der Ökonomie ein, sei es durch einen Abbau der Staatsverschuldung, eine Verringerung der Steuerbelastung der Privaten, eine Einschränkung des Sektors öffentlicher Unternehmen und Dienstleistungen oder durch die Rücknahme von staatlichen Auflagen zum Schutz der Umwelt und zur sozialen Sicherung. „Deregulierung“ und „Flexibilisierung“ sind die Schlüsselbegriffe, die nun mit der erklärten Absicht politisch umzusetzen versucht werden, die „Angebotsbedingungen“ (so die

freundliche Umschreibung für Profitbedingungen) bei den Unternehmen zu verbessern. Vier Momente sind im wesentlichen für die „supply-side“-Philosophie des Thatcherismus oder der Reaganomics kennzeichnend:

- eine Senkung der Unternehmens- und Einkommenssteuern zur Erhöhung der Leistungsmotivation und der Sparquote, aus der wachsende private Investitionen finanziert werden können;
- eine Befreiung des privaten Sektors von staatlichen Auflagen;
- eine Beseitigung des Staatsdefizits, da infolge des stimulierten Wachstums die Einnahmen trotz Steuersenkung zunehmen werden;
- eine restriktive Geldpolitik, nicht nur zur Eindämmung inflationistischer Tendenzen, sondern auch zum Zusammenschnüren des Verteilungsspielraums, also zur Zügelung der Gewerkschaften.

Darüber hinaus ist Ordnungspolitik angesagt, mit der der „freiheitliche Rahmen“ für die privaten Aktivitäten gewährleistet werden soll.

Doch hier ist eine Paradoxie eingeschlossen, die sich im neokonservativen Projekt heute als gefährliche Widersprüchlichkeit, zu einem sozialen und politischen Konflikt gesteigert hat. In der Ökonomie lautet die ordnungspolitische Botschaft: Befreiung der privaten Initiative von allen Fesseln. In der Politik demgegenüber lautet die Botschaft: law and order. Folglich werden auf der einen Seite die ökonomischen Staatsfunktionen geschwächt, während auf der anderen Seite seine repressiven Funktionen und die Institutionen, die sie exerzieren, gestärkt werden: die Polizei und das Militär. Es ist banal, daß die effiziente Ausübung der repressiven Funktionen des Staates finanziert werden muß und dies auf die ökonomischen Staatseingriffe und die Entwicklung der (Welt)wirtschaft zurückwirkt. In welchem traumatischen Ausmaß zeigt sich in aller Deutlichkeit beim durch die Aufrüstung der USA bewirkten extremen Defizit des Staatshaushaltes.

Neokonservative Wirtschaftspolitik auf dem Prüfstand

Trotz der Gemeinsamkeiten neoliberaler Wirtschaftspolitik - Deregulierung, restriktive Geldpolitik, Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, Reprivatisierung öffentlicher Einrichtungen - weisen diejenigen Länder, in denen das konservative Projekt am konsequentesten realisiert worden ist (nämlich die USA, Großbritannien und die Bundesrepublik Deutschland), doch eine Reihe von nationalen Besonderheiten auf. Diese lassen sich sowohl bei den Wegen, auf denen eine „Modernisierung der Volkswirtschaften“ angesichts der harten Weltmarktkonkurrenz erreicht werden soll als auch bei der Inflationsbekämpfung und bei den Tendenzen des Abbaus staatlicher Regulierung aufzeigen. Hier können nur die grundlegenden Tendenzen dargestellt werden.

a) Modernisierungspolitik

In der gegenwärtigen Krise wird die technologische Basis der Produktion umgewälzt. In diesem Prozeß sind für diejenigen Unternehmen, die als Pio-

niere zuerst technologisch neue Produkte auf den Markt werfen oder neue, rationalisierende Produktionsverfahren anwenden, „windfall-profits“ (Extragewinne) realisierbar. Daher kommt es nicht nur auf das technologische Niveau der Produktion insgesamt an, sondern darauf, auf den entscheidenden Märkten die Spitzenstellung für nationale Branchen zu erreichen. Trotz der neoliberal verordneten grundsätzlichen politischen Enthaltensamkeit der Regierungen wird daher dennoch eifrig Modernisierungspolitik getrieben, da die Dimensionen der neuen Technologien längst den Rahmen einzelwirtschaftlicher Möglichkeiten sprengen.

In den USA fungiert der Rüstungsetat als Ersatz für eine nicht vorhandene staatliche Industriepolitik. Die „high-tech“-Sektoren werden aus dem Rüstungsetat mit Milliarden-Beträgen versorgt, um die bedrohte Weltmarktposition auf den „Zukunftsmärkten“ für technologisch avancierte Produkte zu festigen.¹ Die US-amerikanische Elektroindustrie fertigt mittlerweile - als direkte Auswirkung des gewaltigen Aufrüstungsprogramms der Reagan-Regierung² - mehr als 30 Prozent ihrer Produkte für das Pentagon. In diesem Sektor zumindest wird die laut verkündete Parole der Entstaatlichung im höheren Interesse der machtpolitischen Sicherung der US-Hegemonie zurückgenommen.

Im Zentrum der britischen Modernisierungspolitik, die nicht den Umweg über den Rüstungsetat nimmt, steht der Versuch, die Stellung der Gewerkschaften zu unterminieren, die von den Konservativen für die säkulare Krise des britischen Kapitalismus verantwortlich gemacht werden. Die Ausgrenzung gewerkschaftlicher Interessenvertretung, besonders deutlich während des Bergarbeiterstreiks 1984/85, wird als notwendige Vorbedingung für eine effiziente Anpassung an die Weltmarktzwänge angesehen. Modernisierungs- und Industriepolitik ist also in Großbritannien zunächst und vor allem gegen die Gewerkschaften gerichtete Politik und erst in zweiter Linie technologiepolitische Förderung von Zukunftsproduktionen.³

Die Kohl/Genscher-Regierung wiederum orientiert sich in ihrer Politik der „Modernisierung der Volkswirtschaft“ in weiten Bereichen am Konzept ihrer Vorgängerin. Auch nach der Regierungsübernahme weist der Etat des Forschungsministeriums leicht überdurchschnittliche Zuwachsraten auf. Ebenso weist die Verteilung zwischen direkten, gebundenen und indirekten, ungebundenen Zuweisungen an die Unternehmen vergleichbare Strukturen auf.⁴ In Anlehnung an ihre neokonservativen Vorbilder in den USA und in Großbritannien erfolgt die Forschungs- und Technologiepolitik mittlerweile allerdings auch in der Bundesrepublik unter Ausschluß der Gewerkschaften; das sozialdemokratische Konzept einer „Konzentrierten Aktion“, wie es in Form des

1 Vgl. Gerd Junne: Das amerikanische Rüstungsprogramm: Ein Substitut für Industriepolitik, in: *Leviathan* 1/1985, S. 23-37.

2 Vgl. Mike Davis: Reagonomics' Magical Mystery Tour, in: *new left review* 149/1985, S. 55.

3 Dazu Näheres bei Hans und Hella Kastendiek: Konservative Wende und industrielle Beziehungen in Großbritannien und in der Bundesrepublik, in: *Politische Vierteljahresschrift* 4/1985, (im Erscheinen).

4 Vgl. Werner Väh: Konservative Modernisierungspolitik - ein Widerspruch in sich? Zur Neuausrichtung der Forschungs- und Technologiepolitik der Bundesregierung, in: *Prokla*, Heft 56, S. 88 ff.

„Technologiepolitischen Dialogs“ bereits konkrete Gestalt angenommen hatte, wurde gleich nach dem Regierungswechsel zu Grabe getragen. Die sozialdemokratische Vision einer korporatistischen Bearbeitung technologiepolitischer Folgeprobleme findet im marktwirtschaftlichen Konzept der Bundesregierung keinen Raum.

Inwieweit die marktorthodoxen Strömungen sich auch in anderen Feldern der Forschungs- und Technologiepolitik zukünftig durchsetzen werden, wird nicht zuletzt bei den Entscheidungen über die konkrete Form einer bundesdeutschen Beteiligung am US-amerikanischen SDI-Projekt entschieden. Die vor allem aus den Kreisen der CDU/CSU mit dem Argument positiver „spillover“-Effekte begründete SDI-Beteiligung deutet auf einen neuen Zuschnitt bundesdeutscher Forschungspolitik hin.

Ob nun allerdings der militärpolitische oder der eher zivile Weg (wie er für das EUREKA-Projekt behauptet wird) beschatten wird: Es ist heute noch keineswegs gesichert, ob auf diesen Wegen die Wettbewerbsposition der jeweils nationalen Wirtschaft auf den technologieintensiven Zukunftsmärkten verbessert werden kann. Denn wenn alle vorwärts rennen, erhöht sich zwar das generelle Niveau, doch ist es keineswegs ausgemacht, wer die Führungsposition einnimmt. Und die allein entscheidet über die Wettbewerbsposition auf dem Weltmarkt. Jedenfalls ist auf wichtigen Märkten die japanische Vorherrschaft nicht gebrochen; die USA und Großbritannien weisen gerade beim Handel mit technologieintensiven Produkten gegenüber dem Rest der Welt hohe Defizite auf.

b) Inflationsbekämpfung und ihr Preis

Zweifellos können die Vertreter des monetaristischen Politikmodells auf beachtliche Erfolge an der Preisfront verweisen. Die Inflationsraten gingen in allen drei Ländern stark zurück: in den USA von 12,3 Prozent (1979) auf 4,1 Prozent 1984, in Großbritannien im gleichen Zeitraum von 16,7 Prozent auf knapp 5 Prozent und in der Bundesrepublik von 5,1 Prozent (1982) auf etwas mehr als 2 Prozent (1984). Allerdings ist die Senkung der Inflationsraten keineswegs das Verdienst der praktizierten Geldmengenregel (die Geldmengenentwicklung hat sich in allen Ländern aus den Zielkorridoren, die die Zentralbanken gesetzt haben, hinwegbewegt⁵, sondern eher ein Nebenresultat der Turbulenzen auf dem monetären Weltmarkt.⁶ Außerdem sind die Kosten in Rechnung zu stellen, die die Absenkung der Inflationsraten verursacht hat. Die Zinsen sind international auf ein in der Geschichte des modernen Kapitalismus über eine so lange Periode noch niemals dagewesenes Niveau gehoben worden, wodurch die Investitionsneigung negativ betroffen wurde. Die hohen Zinsen wiederum haben (über die induzierten Geldkapitalbewegungen) zu einem Anstieg der Wechselkurse von Dollar und Pfund Sterling geführt. Die

⁵ Vgl. dazu Nicholas Kaldor: How monetarism failed, in: Challenge, May/June 1985.

⁶ Dazu: Alex Schubert: Die internationale Verschuldung, Frankfurt/M. 1985.

Importpreise sind dadurch abgesenkt worden - mit einem dämpfenden Effekt auf das interne Preisniveau. Doch hat diese Maßnahme negative Effekte auf die Rohstoffproduzenten, also vor allem auf Länder der Dritten Welt, die nun auf verminderte Deviseneinnahmen mit verstärkten Absatzbemühungen reagieren müssen und damit zu einer weiteren Senkung der Preise von Primärprodukten beitragen. Selbst kartellierte Märkte (wie im Fall des Erdöls) haben sich dieser Tendenzen nicht zu entziehen vermocht. Freilich gibt es hier möglicherweise „unbeabsichtigte Nebenwirkungen absichtgeleiteten Handelns“; die Rohstoff exportierenden Länder sind zumeist auch die höchst verschuldeten Länder, die mit den infolge der verschlechterten terms of trade zurückgehenden Deviseneinnahmen wachsende Schwierigkeiten haben werden, den Schuldendienst zu leisten. Was also für das Preisniveau in den Industrieländern gut sein mag, kann zu weiteren Störfaktoren auf dem monetären Weltmarkt werden.

Zusätzlich sind die Kosten der Unternehmen wegen der starken Reallohnverluste der Lohnabhängigen und durch die Reduzierung von die Unternehmen belastenden Steuern und die Beseitigung von staatlichen Auflagen entlastet worden. Doch was an Kosten durch dieses Maßnahmebündel reduziert wurde, um die „Angebotsbedingungen“ zu verbessern, ist durch den Anstieg der Zinsen zunichte gemacht worden. Zwar ist durch die mit steigenden Zinsen einhergehende Dämpfung der privaten Kreditnachfrage sowohl im Unternehmenssektor als auch bei privaten Konsumentenkrediten die Möglichkeit der monetären Alimentierung der Inflation eingeschränkt worden. Doch sind dadurch auch die langfristigen, stagnativen Tendenzen im Investitionsprozeß noch unterstützt worden.

c) Staatsverschuldung

Die monetaristische Zielsetzung einer Reduzierung des staatlichen Haushaltsdefizits und der Staatsverschuldung wurde am weitesten verfehlt. Zwar sind in der Bundesrepublik Deutschland die Zuwachsraten der Neuverschuldung durch die Politik des Sozialabbaus gesenkt worden. Doch ist der - an den eigenen Kriterien gemessene - bescheidene Erfolg dadurch zu relativieren, daß seit der Amtszeit der Regierung Kohl die im Zuge der Dollaraufwertung gestiegenen Währungsgewinne der Bundesbank an den Bundeshaushalt abgeführt und zur Deckung der Etatlücke verwendet worden sind. Auch in Großbritannien verdankt sich das langsamere Tempo der Staatsverschuldung ausgabenseitig der Einschränkung von Sozialleistungen. Auf der Einnahmeseite kann die Thatcher-Regierung erstens die Verkaufserlöse von reprivatisierten Unternehmen verbuchen, die wie im „Schlußverkauf“ an private Anleger verschertelt werden. Zweitens profitiert die Regierung noch von den Einnahmen aus dem Verkauf des Nordseeöls. Wenn man die gegenwärtigen Förderquoten unterstellt, wird der Ölräusch aber schon in den neunziger Jahren zu Ende gehen, ebenso wie der Reprivatisierungsboom nicht Jahr für Jahr fortgesetzt werden kann.

Besonders erstaunlich aber ist die Entwicklung in den USA. In nur fünf Jahren Amtszeit gelang es der Reagan-Administration, den aufgehäuften Schuldenberg des Staates auf 2000 Mrd. US-Dollar zu verdoppeln; die USA brauchten 200 Jahre, um die erste Milliarde Staatsschuld zu erreichen und nur 5 Jahre, um die zweite zu überschreiten.⁷ Vor allem die rasante Ausdehnung des Militäretats ist für diese Entwicklung verantwortlich, die für die gesamte Weltwirtschaft auch in Zukunft eine Gefährdung sein wird. Denn erstens ist dadurch ein Mechanismus in Gang gesetzt, der das Zinsniveau auch in Zukunft nach oben drückt. Zweitens erhöhen sich daher die Schwierigkeiten der Schuldnerländer mit dem Schuldendienst. Drittens könnte eine US-Regierung verleitet sein, den eigenen Zinsen- und Tilgungsdienst, insbesondere auf die extern aufgenommenen Kredite, dadurch zu reduzieren, daß der Dollar abgewertet wird - eine Maßnahme, die unweigerlich die scheinbar so erfolgreich bekämpfte Inflation aus der Welt der Schuldnerländer in die Industrieländer reimportieren würde.

d) Anstieg der Arbeitslosigkeit

Es ist nicht verwunderlich, daß die Arbeitslosigkeit während der Amtszeit neokonservativer Regierungen angestiegen ist; schließlich ist das Ziel der Vollbeschäftigung doch aus ihrem Zielkatalog längst gestrichen und in die Manuskripte für Sonntagsreden verbannt worden. In den USA stieg die Arbeitslosigkeit von 5,8 Prozent im Jahre 1979 auf 7,4 Prozent 1984, in Großbritannien im gleichen Zeitraum von 5,6 Prozent auf 13,2 Prozent und in der Bundesrepublik von 6,1 Prozent (1982) auf 8,6 Prozent (1984). Natürlich darf nicht vergessen werden, daß sich hinter diesen globalen Zahlen höchst unterschiedliche Entwicklungen verbergen. Dies gilt speziell für die USA, wo die Reagan-Regierung vor allem im Dienstleistungsbereich mehrere Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen hat. Im industriellen Bereich freilich sind wie in der Bundesrepublik oder Großbritannien auch Arbeitsplätze vernichtet worden. Für die an den neuen Arbeitsplätzen Beschäftigten werden allerdings vorwiegend Niedriglöhne gezahlt und die Beschäftigungsverhältnisse sind „dereguliert“, also hinsichtlich der Arbeitszeiten flexibilisiert und ohne gewerkschaftliche Schutzrechte („union free zones“) und arbeits- sowie sozialpolitische Absicherungen.

Der quantitative Beschäftigungserfolg, der so viele auch hierzulande fasziert, erscheint bei genauerer Betrachtung als das Resultat eines schon weit fortgeschrittenen qualitativen Umbaus des Systems, das bislang die Arbeitsmärkte und die Beschäftigungsverhältnisse reguliert hat. Die Arbeitskraft wird wieder in eine nur dem Spiel von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt unterworfenen Ware zurückverwandelt; genauso schnell wie sie „geheuert“ wird, kann sie auch wieder „gefeuert“ werden. Die in Jahrzehnten sozialpolitischer Reformen erkämpften Errungenschaften werden mit Hilfe

⁷ Vgl. Fidel Castro: Die Verschuldungskrise der Weltwirtschaft und die unaufhaltsame Zerstörung des Kapitalismus durch die Banken. Mit einer Einleitung von Elmar Altwater, in: Leviathan, Heft 4/1985, S. 537 - 557.

des neokonservativen Politikmodells unter Anrufung der Ideologie freier Marktwirtschaft rückgängig gemacht.

Einige Gefahren neokonservativer Politik

Auch wenn sich die Repräsentanten neokonservativer Politik hemdsärmelig und fest überzeugt von der Richtigkeit ihrer Sache geben - und diese selbstgerechte Selbstsicherheit ist sicherlich eines ihrer Erfolgsgeheimnisse - lassen sich doch Gefährdungen ausmachen, die sogar bedrohliche Ausmaße annehmen können. Dazu gehören vor allem die Blockierung des Investitionsprozesses, die brutale Rücksichtslosigkeit gegenüber den herkömmlichen Formen der gesellschaftlichen Regulierung und nicht zuletzt die mit der neokonservativen Politik noch verschärfte Verschuldungskrise.

a) Blockierter Investitionsprozeß

Die Investitionsneigung der Unternehmer ist abhängig von der - in Keynescher Terminologie - Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals. Infolge von Unsicherheiten bei der Verknüpfung von Vergangenheit (schon bestehender Kapitalstock), Gegenwart (alternative Verwendungsmöglichkeit liquider Fonds) und Zukunft (Absatzerwartung), ist der Investitionsprozeß grundsätzlich instabil; darauf hat insbesondere Hyman Minsky⁸ immer wieder hingewiesen. Langfristig lassen sich in allen Industrieländern gemeinsame Tendenzen feststellen, die lediglich unterschiedlich stark ausgeprägt sind. *Erstens* nimmt, gemessen am Bruttoinlandsprodukt die Bruttoinvestitionsquote ab. Sie lag für die sieben großen OECD-Länder (USA, Japan, BRD, Frankreich, Großbritannien, Italien und Kanada) 1963 bis 1968 knapp unter 21 Prozent, stieg bis 1973 auf den Höhepunkt von 23 Prozent, um bis 1983 auf unter 20 Prozent zu fallen.⁹ *Zweitens* steigt der Anteil der Ersatzinvestitionen (gleich Abschreibungen) an den Bruttoinvestitionen, und zwar mit der historischen Zunahme des in Produktionsmitteln gebundenen Kapitals (Kapitalstock). Das „Gewicht“ des Kapitalstocks wird also größer und drückt dadurch die Akkumulationsrate (Nettoanlageinvestitionen in Relation zum Kapitalstock) - mit negativen Auswirkungen auf die Schaffung von Arbeitsplätzen. *Drittens* läßt sich zeigen, daß der Anteil der Nettoinvestitionen an den Unternehmerngewinnen trendmäßig rückläufig ist, und zwar in allen Industrieländern, auch wenn es konjunkturelle Schwankungen gibt. In der Bundesrepublik ging der Anteil der Nettoanlageinvestitionen an den Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen von 39,9 Prozent im Jahre 1973 auf 25,6 Prozent 1982 zurück, in Großbritannien im gleichen Zeitraum gar von 31,5 Prozent auf nur 10,6 Prozent und in den USA von 30,5 Prozent auf 11,5 Prozent. Man könnte angesichts dieser Daten, die nach Angaben von EUROSTAT berechnet worden sind, gar von der Rückkehr zu einem „industriefeudalen“ System sprechen. Die Gewinne werden nur noch zu einem geringen Teil investiert und statt dessen consu-

⁸ Hyman P. Minsky: Inflation, recession and economic policy, New York 1982.

⁹ Siehe OECD, Economic Outlook Nr. 37, June 1985, S. 158

miert und in Finanzanlagen gesteckt. Darin drückt sich auch die Umkehr einer „keynesianischen Situation“ aus: Keynes hatte ja im berühmten 24. Kapitel seiner „Allgemeinen Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes“ von der Notwendigkeit gesprochen, die Zinsen zu senken, damit die Realinvestitionen wieder rentabel werden. Aufgrund der Hochzinspolitik sind heute jedoch Finanzanlagen im Vergleich zu Realinvestitionen rentabler, so daß der Investitionsprozeß blockiert ist, auch wenn es kurzfristig zu einem Aufschwung der Investitionstätigkeit kommt. *Viertens* schließlich hat sich der Charakter der Investitionen gewandelt. Seit Beginn der Stagnationsperiode überwiegt das Rationalisierungsmotiv die Erweiterungsabsicht, so daß mit den schließlich durchgeführten Investitionen Arbeitsplätze eher abgeschafft denn geschaffen werden.

Alle diese Tendenzen realisieren sich quasi-naturwüchsig im Verlauf der strukturellen Krise, sind also dem neokonservativen Projekt nicht anzulasten. Jedoch wird mit der Akzentuierung der Marktkräfte diesen Tendenzen nicht gegengesteuert. Sie werden im Gegenteil noch politisch unterstützt, in der vagen Hoffnung, auf diese Weise die oben beschriebene Modernisierung der Ökonomie zur Verbesserung oder Erhaltung der Wettbewerbsposition auf dem Weltmarkt vorwärtsbringen zu können.

b) „De-Formalisierung“ der Arbeit

Mit Arbeitslosigkeit und qualitativem Umbau der Beschäftigungsverhältnisse und der Regulierungsinstanzen auf dem Arbeitsmarkt ist eine „Deformalisierung“ der Arbeit verbunden, das heißt eine Herauslösung der Arbeit aus den förmlichen Verhältnissen, in denen sie jahrzehntelang von mehreren Generationen geleistet worden ist. Grundsätzlich muß die Transformation zu veränderten Arbeitsformen nicht negativ sein. Jedoch haben die Neokonservativen kein Projekt, das die aufgrund der technologischen Tendenzen möglichen emanzipatorischen Schritte einleiten würde. Vielmehr werden regressiv Schutzrechte für die Arbeiter, gewerkschaftliche Vertretungsmöglichkeiten und sozialstaatliche Leistungen eingeschränkt, um die Arbeitskraft wieder als Ware möglichst weitgehend dem Spiel von Angebot und Nachfrage zu überantworten. Darin eingeschlossen ist die ideologische Hervorhebung der „neuen“ Selbständigkeit, die sich doppelt artikuliert: erstens als die Betonung der Eigenverantwortlichkeit eines jeden für sein Geschick auf dem Arbeitsmarkt und das ist: seines Schicksals im Leben. Arbeitslosigkeit wird auf diese Weise als individuelles Versagen bestimmt und als gesellschaftlich zu lösendes Problem hinwegdefiniert. Zweitens wird auf diese Weise dem „informellen Sektor“ von nicht nach dem tradierten und offiziell gültigen System regulierter Arbeit eine Rolle als Korrektiv für „soziale Verkrustungen“ zugeschrieben, allerdings ohne daß damit eine positive Perspektive eröffnet werden könnte. Denn die Neokonservativen haben zwar entwickelte Vorstellungen über Wege der Deregulierung und Deformalisierung der Ökonomie, jedoch keine über die neuen Formen, die der technologischen und sozialen

Entwicklung angemessen wären, entwickelt. Die bloße „Vermarktwirtschaftlichung“ aller Äußerungen des individuellen und gesellschaftlichen Lebens kann wohl kaum als ein den historischen Herausforderungen angemessenes Projekt bezeichnet werden.

c) Die Zeitbombe der Verschuldungskrise

Besonders deutlich wird dies bei derjenigen Krisenerscheinung, die heute die möglicherweise bedrohlichste ist: bei der Verschuldungskrise, die sich in den nächsten Jahren bis hin zu Bankzusammenbrüchen zuspitzen kann, wenn nicht eine Lösung gefunden wird, wie die monetären Forderungen der Gläubiger an die reale Leistungsfähigkeit der Schuldner angepaßt werden können. Dazu wären aber entweder ausgeprägte Zinssenkungen notwendig, die jedoch wegen der Politik der Staatsverschuldung insbesondere seitens der USA ausbleiben. Oder die Rohstoffpreise müßten angehoben werden, was aber regulierende Abkommen auf den Rohstoffmärkten erforderliche machen würde, die gegen das neokonservative Dogma und die Interessen der entsprechenden Klientel verstoßen würden. Oder ein Teil der Schulden müßte gestrichen, das heißt Kreditforderungen der Banken müßten abgeschrieben werden, was eine politische Regelung des Verlustausgleichs voraussetzte.

Keine dieser Maßnahmen ist Gegenstand konservativer Reflexion. Statt dessen werden alle Versuche gemacht, um den verschuldeten Ländern den Schuldendienst abzapfen. Daß auf diesem Weg die sozialen und politischen Strukturen in den verschuldeten Ländern destabilisiert werden, wird mit Gleichmut zur Kenntnis genommen. Hier betritt obendrein ein weiterer Akteur die Szene, der bislang noch nicht benannt worden ist: der Internationale Währungsfonds. Monetaristische Wirtschaftspolitik wird Mitte der achtziger Jahre nicht nur von den Regierungen der meisten großen westlichen Industriestaaten betrieben, sondern auch von der wichtigsten Institution der Weltwirtschaft. Die Konsequenzen sind heute bereits tragisch, sie können morgen in die Katastrophe münden, die einige zeitgenössische Beobachter für unvermeidlich ansehen¹⁰, wenn nicht das politische Konzept geändert wird, das mit dem Vertrauen in die Marktkräfte jeden politischen Versuch sabotiert, mit dem die schwelenden und offenen, die ökonomischen und sozialen, die nationalen und internationalen Konflikte reguliert werden könnten.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, daß das neokonservative Projekt gescheitert ist und obendrein dessen Scheitern weitere, noch unabsehbare Gefährdungen für die Entwicklung der Weltwirtschaft provozieren kann. Jedoch trifft man mit einem solchen Urteil nicht die Repräsentanten des Modells; denn diese betreiben Wirtschaftspolitik nicht allein, um dem bekannten Zielkatalog des magischen Polygons nahezukommen, sondern um gesellschaftliche Strukturen umzuwälzen. In dieser Hinsicht ist das neokonser-

¹⁰ So etwa Castro, Verschuldungskrise und William Clark: Das Mexiko-Syndrom. Der Nord-Süd-Konflikt 1985, München 1985.

vative Projekt eindrucksvoll und keineswegs erfolglos. Vor allem aber bedeutet dies, daß eine Alternative zum neokonservativ-neoliberalen Konzept sich nicht auf bloße wirtschaftspolitische Optionen beschränken darf, die mehr Effizienz und sozialen Ausgleich versprechen. Daher reicht es in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre nicht mehr aus, die Lehren von John Maynard Keynes neu beleben und in wirtschaftspolitische Programmatik umsetzen zu wollen. Die Alternative zum Neokonservatismus heute muß weit über den Bereich der Wirtschaftspolitik hinausreichen.